

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1919**

149 (2.7.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-83699](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-83699)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenausgabe) erscheint täglich außer an Sonntagen und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.68 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Petitzeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Kleinanzeige 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechende Rabatte. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telefonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Nr. 149. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach-Konto: Hannover 7908. Freitag, Mittwoch, 2. Juli 1919. Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg: W. Barckmann, Altjernerstraße 51. Fernsprecher 1032. 86. Jahrgang.

Parteipolitische Ausnutzung des Friedensschlusses.

Von Professor Grebe, M. d. pr. Landesverf.
Die Hoffnung, daß das deutsche Volk einig und einträchtig die großen und bevorstehenden Aufgaben und eine parteipolitische Ausnutzung der Friedensfrage ablehnen würde, scheint leider bisher enttäuscht werden zu sollen. Die deutsche Volkspartei mündet sich sofort in einem Aufruf an das deutsche Volk, um in dieser Stunde endgültig die Fortsetzung deutscher Größe das freiwillige Bekenntnis vor der Nation abzugeben, wie fern sie den politischen Mächten steht, die es über sich bringen, das uns von hoch erfülltenden Friedensangeboten abzusehen. Ähnlich, wenn nicht noch verlässlicher geht die Deutsche Volkspartei vor, und die Presse der Parteien ergreift sich in den gebissenen Angriffen gegen die Parteien, die nur aus vaterländischem Pflichtgefühl das schwere Opfer gebracht haben, ihre Zustimmung zu einem Frieden zu geben, dem der Fluch des deutschen Volkes noch in fernsten Zeiten gewiß ist. Wir müssen daher von vornherein solchen Bestrebungen scharf entgegenzutreten. Ueber den Inhalt des uns vorgelegten Friedensentwurfs herrscht keine Meinungsverschiedenheit; es frage sich nur, ob man durch Verweigerung der Unterzeichnung etwas besseres konnte. Die Folgen der Reichsanfechtung sind dem Leser bekannt. Der Krieg würde wieder beginnen, die Feinde würden durch einen schließlichen Vorstoß nach Ost- und Süddeutschland treten, das Industriegebiet und die Seestädte besetzen, jegliche Zufuhr abschneiden, dadurch das Verzehrwesen still legen und binnen kurzem Hunger und Elend heraufbeschwören, das nur wenigen Wochen die Unterzeichnung eines nachweislich noch verschlechterten Vertrages unermesslich sein würde. Inzwischen aber wäre das deutsche Reich in Trümmer gegangen.

Die Gegner der Unterzeichnung vermehren ihren Weg zu zeigen, auf dem eine Erleichterung zu erwarten war. Ihre Hoffnung, die Verweigerung der Unterzeichnung würde an sich schon als moralische Tat wirken, um die Feindschaft der Neutralen zu erwerben und innere Schwierigkeiten, wohl gar Involuntarität bei den Feinden erwecken in Ehren, aber sie war wenig begründet. Es können nicht bestritten, daß 90 Prozent unseres Volkes von innen, und demgegenüber des Krieges nichts wissen wollten. Dann aber war jeder Erfolg ausgeschlossen. Mit einem durch Krieg und Hunger korporell und seelisch getrüebten Volke, schrieb mit Recht die Kölnische Zeitung, darf man nicht mehr Experimente machen, die nur Erfolg haben können, wenn das Vertrauen in eine gesunde Krafttheorie der Volkspartei unerschütterlich ist. Selbstblätter, die den ablehnenden Parteien nahe stehen, urteilen recht nicht über eine solche Haltung. So schrieb Georg Bernhard in der Wolfenbütteler Zeitung nach dem Rücktritt des Reichskabinetts: „Der Friedensvertrag wird unterschrieben. Damit ist die schlimmste Furcht beseitigt, der unpolitische Sinn des deutschen Volkes und eines großen Teils seiner Führer könnte auch nach den letzten Schrecken über Deutschland heraufbeschworen. Er wird dem Reiche nun hoffentlich erspart werden.“ Sogar die Kölnische Zeitung Nr. 507 vom 19. Juni äußerte sich in ähnlichem Sinne: „Selbst wenn die Autoritäten, denen wir vertrauen müssen, nach Maßgabe der politischen Wahrheit bei der Überzeugung kommen, daß wir nicht unterschreiben sollen, so verlangt trotzdem das über allen anderen Erwägungen stehende Gebot der Lustigkeit, daß wir es thun, daß wir uns unterzeichnen.“ Man möge sich doch nicht drücken im unbesetzten Gebiet wieder deutschen Trüben hingeben, aus denen man mit durchhörten Entschuldigungen erweichen würde.“ Die Parteien, die unter solchen Umständen sich nach schweren Gemüthsstürzen in ihrer Mehrheit bei der Unterzeichnung durchdrangen, daß der Friede unterzeichnet werden müßte, dürfen sich ungerechte Angriffe verdrücken. Die Haltung der ablehnenden Parteien war auch gar nicht so heroisch, wie sie vor der Mit- u. Nachwelt erscheinen mochten. Das zeigte sich besonders am entscheidenden Montag, als wegen der Ehrenpunkte die Mehrheit für Unterzeichnung zweifelhaft geworden war. Zunächst erklärten auch die Führer der Reichsparteien, daß auch diejenigen, die der bedingungslosen Annahme der Friedensbedingungen zustimmen, aus vaterländischen Gründen handeln, und zogen sich dadurch vor der Reichspartei den Vorwurf zu, daß sie den Schein des Behaltens einer hohen Tat auf sich geladen hätten, denn es habe so den Schwor-

kenden die bedingungslose Zustimmung erleichtert werden sollen. Noch mehr Am Sonntag hatte die Regierung formell ganz allgemein die Ermächtigung zur Unterzeichnung erhalten, tatsächlich aber war die Zustimmung unter Vorbehalt der Ehrenpunkte erfolgt. Die Regierung ließ sich deshalb ihre Auffassung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibe, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, noch einmal bestätigen. Ein erheblicher Teil des Zentrums stimmte dagegen, die Demokraten aber und sogar die deutsche Volkspartei dafür. Diese Parteien brachten erst die Mehrheit. Auch daraus könnte man Schlüsse ziehen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages bietet wirklich keinen begründeten Anlaß, daß sich die Parteien untereinander bekämpfen. Man sollte aus der Vergangenheit lernen. Schon einmal wurde leidenschaftlich gekämpft um ja oder nein beim 11-November. Man möchte die Probe und Deutschland fürzte ins Unglück. Dasselbe wird wir vor der Probe bewahrt, sonst hätten wir heute schon die gleiche Erfahrung gemacht. Nicht kurzes Leiden und dann Besserung, sondern vorübergehendes furchtbares Leid und dann noch schwereres Schicksal als jetzt wäre unser Los. Diese Möglichkeit mögen auch diejenigen von den Anhängern des Zentrums bedenken, die mit der getroffenen Entscheidung nicht einverstanden sind. Die Fraktion in Weimar hatte ebenfalls ihre schwere Bedenken, ein erheblicher Teil hat die bedingungslose Unterzeichnung bis zum Schluß abgelehnt. Aber die Fraktion betonte den Mut, in diesem kritischen Augenblick die Verantwortung für die Leistung der deutschen Politik mit zu übernehmen, um nicht Deutschland dem Chaos zu überlassen. Selbst die Kölnische Zeitung sagt von den neuen Ministern: „Man muß ihnen dankbar sein, daß sie den Mut und die Entschlossenheit gehabt haben, sich in diesen kritischen Tagen einer Verantwortung nicht zu entziehen, die in der großen, breiten, die inneren Vorgänge nicht bebenden Öffentlichkeit wenig Dank und Anerkennung einbringt.“ Sie haben das Opfer ihrer Perle gebracht. Diese Anerkennung gebührt nach der ganzen Zentrumsfraktion.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

General Smuts über den Waffenstillstand.
Amsterdam, 30. Juni. Telegraf meldet aus Paris, daß General Smuts in seiner am 28. Juni der Unterzeichnung des Friedensvertrages abgegebenen Erklärung nach folgendem sagte: „Die sechs Monate, die zwischen dem Waffenstillstand und dem heutigen Vortag liegen, sind vielleicht noch verderblicher und vernichtender für Europa als die vorhergegangenen Kriegsjahre.“

Eine Stimme aus holländischen Ententekreisen.
Amsterdam, 30. Juni. Der enquetefreundliche „Telegraf“ schreibt in einem Leitartikel: „Es tritt deutlich zutage, daß augenblicklich eine Umkehr der öffentlichen Meinung in Deutschland stattfindet. Man erkennt, daß die lauten Proklamationen während der Konferenz einen rein politischen Zweck verfolgten und daß man jetzt, wo man den Tadeln gegenüberüberste, einer vollkommen neuen Richtschnur folgen müsse. Der Friede ist der Beginn eines neuen Lebens für das deutsche Volk, das, wenn die innere Lage in Ruhe völlig geregelt ist, seinen christlichen Pflichten und tugendhaften Zusammenwirken mit ihm bereit sein, einnehmen müßte.“

„Alles Menschenwert ist vergänglich.“
STB. Stockholm, 30. Juni. Spenssta Dagbladet schreibt unter der Überschrift: „Vor den Spiegel in Versailles.“ Ein ungeheurer französischer Triumph wurde am Samstag in der Spiegelgalerie von Versailles befeuert. Bismarcks ernie Herrscherpersonlichkeit wurde dort durch Clemenceaus weniger geniale, aber zweifellos auch fruchtbarer Diktatorgefährt ersetzt. Alles Menschenwert ist vergänglich. Vieles von Bismarcks äußerer Schöpfung war kurzlebiger, als irgend jemand glauben konnte. Aber ebenso wie er ein mächtiges Produkt des deutschen Stammes war, legte er in die Seele seines Volkes Kräfte, die nicht durch Gewalt ausgelöscht werden können, sondern auf die sich die Zukunft aufbaute. In deutschem Wesen läuft er einen Schatz von politischer Gesundheit und Festigkeit, welcher das deutsche Volk und die deutsche Nation durch die geschäftliche Kränklichkeit der Gegenwart hindurchbrachten wird. Clemenceaus Gewaltfriede hat viel geringere Aussichten auf Bestand, als der deutsche, der vor bald einem halben Jahrhundert in Versailles geschlossen

wurde. Das deutsche Volk wird das Todesurteil von Versailles mit Leichtigkeit überleben. Seine Ehre wird davon nicht berührt.

Ein wahres Wort.

STB. Amsterdam, 30. Juni. Louis „Times“ erklärte der englische Arbeiterführer Camille Huysmans auf der Arbeiterkonferenz in Southampton, es werde keinen Frieden geben, so lange Großbritannien das Recht habe, Kolonien zu besitzen und andere Länder dieses Recht nicht hätten, so lange die Polen Deutschlands das Recht hätten, sich an Polen anzuschließen, und die Deutschen Österreichs sich nicht an Deutschland anschließen dürfen, so lange eine zeitliche Beilegung verschleierte Annexion bedeute, wie bei der Beilegung des Saarlandes, und so lange man fordere, daß Deutschland bezahle, ohne daß ihm die Möglichkeit zur Arbeit gegeben werde.

21. Genf, 30. Juni. In der „Humanite“ wird geschrieben, daß die in Versailles gegebenen Unterschriften von den Arbeiterkräften beider Welten nicht anerkannt werden. Die Arbeiterverbände der ganzen Welt sind im Begriff, die in Versailles getroffenen unzulässigen Abmachungen vollkommen umzugestalten.

Well und Müller über den Frieden.

Paris, 30. Juni. Der Vertreter der amerikanischen Agentur „United Press“ hat von Dr. Well und Herrn Müller folgende Erklärung erhalten: Wir haben ohne irgendwelchen Vorbehalt unterzeichnet. Das deutsche Volk wird alles in seinen Kräften Strenge tun, um zu versuchen, sich den Friedensbedingungen anzupassen. Wir glauben indes, daß die Entente es in ihrem eigenen Interesse für nötig erachtet wird, angesichts der Unmöglichkeit der Ausführung einiger Artikel diese zu ändern. Wir denken, die Entente wird nicht auf der Auslieferung des Kaisers bestehen. Die deutsche Zentralregierung wird einem Angriff auf Polen keinerlei Unterstützung leisten.“

Schwierigkeiten bei der Ratifizierung.

Lugano, 30. Juni. Nach einer Information des Corriere della Sera soll der Friedensvertrag dem englischen und französischen Parlament so schnell als möglich zur Ratifizierung vorgelegt werden. Diese beiden Körperschaften werden dem Frieden ohne längere Diskussionen genehmigen, so daß Complicationen von dieser Seite nicht zu erwarten sind. In den Vereinigten Staaten und in Italien ist jedoch mit der parlamentarischen Anerkennung des Versailles Vertrages nicht so ohne weiteres zu rechnen. Es steht bereits fest, daß im amerikanischen Senat eine starke Opposition gegen die Ratifizierung des Vertrages vorhanden ist und gegen die Annahme stimmen wird. Noch schwieriger liegen die Verhältnisse in Italien. Der „Corriere della Sera“ will wissen, daß mit der Ratifizierung im Parlament vorläufig nicht gerechnet werden könne, weil Kammer und Senat so lange in der Opposition gegen den Vertrag verharren würden, bis die italienischen Ansprüche anerkannt und erfüllt sein würden.

Genf, 30. Juni. Der „Matin“ schreibt, daß in den Friedensvertrag eine Vorfrist eingefügt wurde, wonach nicht nur die Deutsche Nationalversammlung, sondern auch die preussische Landesversammlung und der bairische Landesrat den Vertrag zu einem bestimmten Zeitpunkt ratifizieren müssen.

Die Liste der Auszuliefernden.

21. Karlsruhe, 30. Juni. Die Schweizerische Press-Information meldet aus Paris: Die Zahl der von Deutschland auszuliefernden Personen beträgt über 160 Militärs und über 30 Zivilpersonen. Unter den Militärs befinden sich viele höhere Offiziere, die Kommandanten von Kriegesgefangenenlagern waren, sowie deren Adjutanten. Die Zivilisten sind in der Hauptsache Nationalvereine, die in den besetzten Gebieten, vornehmlich in Frankreich und Belgien, Maßnahmen gegen die Einwohner getroffen haben sollen, die angeblich gegen das Völkerrecht verstoßen haben sollen. Da die Liste erst vier Wochen nach der Unterzeichnung überreicht werden wird, dürfte die Zahl der Verlangten sich noch erhöhen.

Die Rücksendung unserer Kriegsgefangenen.

Paris, 30. Juni. „Temps“ schreibt, daß die Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen frühestens Anfang August beginnen kann, wenn die Vorbedingungen bis dahin teils der deutschen Regierung erfüllt werden.

Wilsons Rückreise nach Amerika.

STB. Brest, 29. Juni. Reuter. Wilson fuhr heute nach Newport ab.

Um Kaiser Wilhelm.

Amsterdam, 30. Juni. Das „Algemeen Handelsblad“ meldet aus Amerongen: Es geht das Gerücht, daß der Kaiser abreisen will. Auf dem Schloß herrscht eine ungewohnte Tätigkeit.

Amsterdam, 30. Juni. „Algemeen Handelsblad“ nennt die Auffassung Bethmann-Hollwegs, wie sie in seinem Briefe an Clemenceau zum Ausdruck kommt, richtig und vollkommen folgerichtig, zweifelt jedoch daran, daß die Militärs und Ministries darauf eingehen.

Verfales, 30. Juni. In der „Chicago Tribune“ berichtet Henry Pales, er habe an zuverlässiger Stelle erfahren, daß der Kaiser nicht auf die Liste gesetzt werde, die einen Monat nach Friedensunterzeichnung von der Entente aufgestellt werden soll und die die Namen derjenigen enthalten wird, die die Schuld am Kriege und der Verletzung der Kriegsgerechte bestraft werden. Dagegen Clemenceau Versprechungen dahin gegeben hat, daß alle die Schuldigen ausgeliefert werden sollen, glaubt Pales, daß auch die ruhigstehenden Franzosen auf die Auslieferung des Kaisers verzichten würden.

Unbezügliche Stimmung in England.

Lugano, 30. Juni. Der Londoner Vertreter des Corriere della Sera berichtet über den seltsamen Eindruck, den die Kühe machte, mit der das Londoner Publikum die Nachricht von der Unterzeichnung aufnahm, und die in einem großen Gegensatz zu der ungeheuren Begeisterung steht, mit der im November der Waffenstillstand aufgenommen wurde. Die Umzüge von Soldaten, Frauen und Knaben machten einen gezwungenen Eindruck und erregten wenig Teilnahme. Das Publikum steht unter dem Gefühl, daß dieser Friede nicht berechtigt ist, daß er neu hat und neue Kriege heraufbeschwören wird. Auch die Liberalen sind gegen den Frieden und wirken auf einen bedingten Eintritt Deutschlands in den Völkerverband hin, um eine Revision des Vertrages im Sinne der 14 Punkte Wilsons durchzuführen.

Eine Kaiseranfrage im englischen Unterhaus.

STB. London, 30. Juni. (Draht.) Unterhaus. Bottomley fragte, ob irgend welche Schritte in Verbindung mit den holländischen Behörden getan worden seien, um ein Entkommen des Kaisers zu verhindern. Harmsworth erwiderte, die alliierten Regierungen haben durch ihre Vertreter im Haag der niederländischen Regierung die Notwendigkeit vorgehalten, die entsprechenden Schritte zu tun, um eine Abreise des früheren Kaisers von Holland zu verhindern. In Erwiderung einer weiteren Anfrage erklärte Harmsworth, daß keine Verhandlung des früheren Kaisers mit den Niederländern eingeleitet worden seien.

Ratifizierung bis 3. August?

Rotterdam, 30. Juni. Die Regierungen der Entente werden versuchen, die Ratifizierung des Friedensvertrages zu den verschiedenen Parlamenten am Sonntag zu bewirken. Es gibt Paris glaubt, daß die Deutschen den Vertrag bis zum 3. August ratifiziert haben werden. In diesem Zuge werde alsdann die Wiedereröffnung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erfolgen. Es sei wegen der Unmöglichkeit der deutschen Regierung nicht wahrscheinlich, daß Frankreich sofort einen Vollstifter nach Berlin schicke, sondern zunächst nur einen Geschäftsträger.

Werden Japan und Amerika den Vertrag ratifizieren?

New York, 30. Juni. Der Berliner Vertreter der Newport World will von einem einflussreichen Zentrumsführer gehört haben, die deutschen Politiker seien überzeugt, daß Japan den Friedensvertrag nicht ratifizieren werde. Sie hoffen auch, der amerikanische Senat werde ihn ablehnen, und damit würde wohl der ganze Vertrag nichtig sein. In Wirklichkeit wird nach meiner Auffassung der amerikanische Senat entweder den Frieden ratifizieren oder durch besonderen Beschluß den Krieg für beendet erklären. Das Volk verlangt jedwemals dringend die Wiederherstellung des Friedenszustandes.

Flugh George über den Friedensvertrag.

STB. London, 30. Juni. (Draht.) Reuter. 3.15 Uhr betrat, wurde eine große Delegation gebracht. Flugh George erklärte, der Vertrag sei der unschätzbare, weitgeschaffte Vertrag, der niemals geschloffen sei, was die Zahl und die Macht der davon betroffenen Nationen, die Größe der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete und den damit verknüpften vielverprechenden Verlust betreffe, aber den ganzen Charakter der Dinge in der Welt ändere und dem Schicksal der Menschheit eine neue

Richtung geben könne. Wood George sagte, er werde am Dienstag einen Gesandtschafts-Einblick einbringen, um die Regierung in den Stand zu setzen, die Bestimmungen des Vertrages zu verwirklichen.

Ausländische Stimmen zur Unterzeichnung des Friedens.

Englische Stimmen.

Liberaler englische Zeitungen bringen jetzt aufschallend objektive Beurteilungen des Versailler Gesamtfriedens. Es möge eine von jenseitiger Christlichkeit zugehende Auslegung der Londoner Mission registriert werden, die folgendes Urteil fällt:

Der Frieden bedeutet, daß man aufhört, die Deutschen zu erschöpfen, ihre Gefangenen festzuhalten, und die deutschen Häuser zu plündern. Aber das ist alles. Er gibt den Deutschen nicht das Recht, Waren in die alliierten Länder zu schicken oder dort wirtschaftliche Angelegenheiten zu erledigen. Die Weltgeschichte enthält kein fruchtbares Beispiel des wirtschaftlichen Imperialismus. Wie die Antlages der Ränderger hauptsächlich gegen Frankreich zu richten ist, so sind wir in erster Linie dieser beispiellosen Handelspolitik und der totalitären Verfolgungen schuldig. Frankreich nahm ein wertvolles Kohlengebiet, wir vernichteten einen Handelszweig. Die Verdienste unferes Schiffbauens, anderer Bantzen und Holzproduzenten werden kein private Verdienste sein. Der deutsche Arbeiter wird auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Das ist eine schikane Art. Die Wirtschaftlichen Bedingungen zu verwirklichen wir können hoffen und dafür arbeiten, daß der Vertrag bald revidiert werde, aber für die Zeitweiligkeit leben wir keine glückliche Vorbedeutung. Der Vertrag ist weiter nichts als eine Episode im Prozeß der Wiedergeburt Deutschlands. Er bringt weder Beruhigung noch Hoffnung.

„Aut Temps“ veröffentlicht General Emuts eine Erklärung, die über seine von dem Russischen Bureau gemeldeten Meinungen hinaus noch besagt: Der Friedensvertrag habe den erhofften Frieden nicht gebracht, und seine wahre Ausarbeitung beginne erst jetzt. Manche Abmachungen über Landabstreitungen seien abänderungsbedürftig, und manche Sicherungsbestimmungen lägen mit der neuen friedlichen Gestaltung u. Entwaffung des frühere Feindes nicht im Einklang. Die vorgehbenen Strafen müßten bei ruhiger Ermüdung gestrichen werden. Die geforderten Entschädigungen würden die industrielle Wiedergeburt Europas beträchtlich schädigen und müßten zum Wohle aller maßvoller gestaltet werden. Der Weltbund sei noch unvollkommen und müsse zu einem wahren Weltrecht des Fortschritts umgewandelt werden. Nur so werde die Vernichtung des Militarismus, welche vortragegemäß als ein vom Feinde durchgeführt werden solle, bald zum Gesetz und zur Erleichterung auch für die allierten Völker werden.

Französische Stimmen.

W.B. Versailles, 28. Juni. „Humanité“ schreibt: Als Wilson in Frankreich landete, glaubte das Volk, daß er seinen großen Gedanken, seiner Volkhaftigkeit und seinen 14 Punkten treu bliebe. Das Volk glaubte, daß er die imperialistischen Bestrebungen des Versailler Friedens und Ehre gegenüberstellen würde. Die Enttäuschung ist vollständig. Nach einigen Wochen Anstrengungen und Kämpfen, in welchen er nur von der sozialistischen Defensivität unterstützt war, ließ Wilson ohnmächtig dem Imperialismus gewähren. Von dem edlen Problem, welches er der Welt vorgelegt habe, wurde nichts vernünftiger. Das Völkertum, welches er so laut proklamierte, ist ebenso beschränkt worden als 1815 oder nach dem 30-jährigen Krieg. Eine Gesellschaft der Nationen, wie sie aus den Erörterungen der Friedenskonferenz hervorgeht, ist ein Spott. Die internationale Sicherheit, welche er für ewig begründen wollte, besteht weniger als je. Clemenceau triumphiert zu Recht, wenn er sagt, daß morgen noch mehr als gestern die Gefahr des Krieges die Menschheit bedroht. Oft erinnern wir an die tieferen Gründe, welche das Versagen des Wilsonismus erklären. Aber in dem Augenblick, wo Wilson Frankreich verläßt, sind wir verpflichtet, zu sagen, daß er trotz allem unserer Sache dienete. Auch morgen, wenn wir vor dem Lande den unumkehrlichen internationalen Vertrag, welcher heute unterzeichnet werden soll, vorurteilen werden, werden wir große Kraft aus den Wilsonschen Bekämpfungen schöpfen. Es wird uns leicht fallen, seine vergeblichen Anstrengungen, um seine Grundzüge gegen die wütenden Angriffe des Imperialismus zum Siege zu verhelfen, wieder in Erinnerung zu bringen. Wir glauben nicht, daß die gegen Wilson erhobenen Anschuldigungen, es seine ihm der gute Wille, berechtigt sind. Wir glauben, daß Wilson, welcher ein Mann des Studiums und der Philosophie ist, ursprünglich davon träumte, aus diesem Krieg internationale Ordnung und Gerechtigkeit hervorgehen zu lassen. Seine Niederlage, welche auch diejenige des ganzen zum Teil aufrichtigen, aber immer ohnmächtigen bürgerlichen Idealismus ist, zeigt allen Völkern und Menschen, daß nur der Sozialismus Ordnung und Brüderlichkeit aufzurichten vermag.

Italienische Stimmen.

„Corriere della Sera“ schreibt zur Unterzeichnung des Friedensvertrages u. a., es sei festzuhalten, daß man die Italiener daran erinnern müsse, daß auch Italien gesiegt habe, und fragen müsse, ob es den Sieg feiern solle, wie es in Paris geschieht. Italiens Freunde sei allerdings getrübt, weil ihm kein Siegespreis fröhlich gemacht werde, und viel leicht auch durch die Enttäuschung darüber, daß man von der Neuordnung der Dinge im Geiste der Gerechtigkeit noch nicht viel sehe. Deutschland möge sich bewusst sein, daß die Kritik an dem Versailles Vertrag nicht von ihm allein, sondern auch von den Siegern selbst ausgeht, und diese Tatsache für die Zukunft aufzuheben.

Italien“ schreibt: Nicht weisliche Klugheit oder Großmut, sondern glatte Furcht hat diesen unfinnigen Friedensvertrag zustande gebracht, und trotzdem blüht man heute mit der nämlichen Furcht in die Zukunft. Der Vertrag wimmelt von Prostitutionen. Mit Recht betont Deutschland, daß durch eine Bergewaltung deutsche Ehre nicht getroffen werden kann.

„Secolo“ stellt fest, daß dieser Friede von Männern von bloßer Mittelmäßigkeit gemacht worden ist.

Neutrale Stimmen.

Stockholm, 27. Juni. Unter der Überschrift: „Sieg und Schande“ führt Hauptmann Eljehölm im „Aftonbladet“ u. a. aus: Das gemarterte Deutschland geht mit Ehre aus dem Krieg hervor. Was es auch verbrochen haben mag, jetzt ist alles gesühnt. Heiß dir, unser germanisches Völkervolk Deine Niederlage unter dem Sieg werden. Ohne Gogatha kein Labor. Das ist die tiefste Erfahrung der Geschichte, die wieder einmal bestätigt wurde.

„Allgemein Handelsblatt“ schreibt: Deutschland ist zwar besetzt, aber der Friede, auf den diejenigen hoffen, die in dem deutschen Militarismus und in dem deutschen Machtideal die größte Gefahr erblickten, ist deshalb noch nicht erreicht. Jetzt, wo der Friede geschlossen ist, wird in den Ländern der Sieger der innerpolitische Kampf mit neuer Heftigkeit ausbrechen, und es ist vielleicht nicht allzu gewagt, vorher zu sagen, daß die Regierungen, die diesen Frieden entworfen und zustande gebracht haben, bald anderen Platz machen müssen.

„Der Vaterland“ bemerkt zu der Protesterklärung S u. u. s.: Es ist, als ob dem deutschen Heer von englischer Seite die Hand entgegengeföhrt würde mit einem verhöhnenden „Nur Wut behalten, es kommt alles in Ordnung“.

Der antilefrentheliche „Lettland“ spricht die Hoffnung aus, daß ein großer Teil des deutschen Volkes willens sein wird, mit dem Wiederaufbau zu beginnen, ohne Zeit und Energie in ohnmächtigem Kampf zu verschwenden.

„N. A. G.“ schreibt: Die Freude über den Frieden wird nicht von langer Dauer sein. Dieser Friede wird die gewünschte Entspannung nicht bringen. Statt eine leuchtende Aussicht zu eröffnen, bietet er nichts anderes als eine dunkle Zukunft. Dieser Friede hat den Militarismus vernichtet, ihn jedoch anderswo auf den Thron gehoben und unendlich viel Keime für internationale Konflikte gesät. Im Herzen der Völker wird er nicht leben, da bleibt bitterer Haß zurück. Die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, sind noch offen und tief. Der Besiegte ist zu tief erniedrigt, daß die Geschichte kaum ein ähnliches Beispiel kennt. Nur die zwingende Not, aus der kein Ausweg mehr zu sehen gewesen sei, habe die Unterzeichnung des Friedensvertrages erzwungen.

„Der Volk“ schreibt u. a.: Nicht die, welche durch Gewalt und Not gezwungen werden, diesen Vertrag zu unterzeichnen, entstehen sich, sondern die, die im Namen der Demokratie die Grundlage für diesen Frieden gelegt haben. Der Rat der Vier trägt die Verantwortung an diesem Glend, das Europa aus diesem Vertrage erlöset.

Italien.

Ein trübes Bild.

Der Historiker Ferrero entwirft im „Secolo“ ein trübes Bild von der Zukunft Italiens. Die Ministerkrisis sei ein Vorzeichen der kommenden Schwermüherheiten. Die repräsentative Staatsanstellung Italiens hätte völlig abgewirkt. Es drohe ein Zusammenbruch. Zweifellos werde die Krise in Italien fürchterlich sein; denn die Volkswut sei durch den Abfallismus der schlaffen Diktatoren aufgeheizt worden. Das Land stehe plötzlich vor ungeheuren Schwierigkeiten, ohne führende Kräfte von besonderer Befähigung, ohne Ziele und Wege, ohne finanzielle Mittel und Verbündete. So habe das Volk nur von sich selbst die Rettung zu erwarten. Von anti erklärt in dem Kabinett Witt-Stition einen Schritt zur Rückkehr zur Freiheit. Eine politische Krise könne nur deklinen werden durch ein Weltsystem, das die Produktionsquellen der Welt zum Allgemein Gut mache. Italien solle sich daher mit gleichgestellten Mächten verbinden, die „Quanti“ bei der gegenseitigen Koalition finden will.

Frankreich.

Clemenceau und das Parlament.

Genf, 30. Juni. In der heutigen Kammer-Sitzung wird Clemenceau abermals die Vertrauensfrage stellen; er verweigert nämlich die Feststellung des Tages der Heimendung der letzten Jahrgänge der französischen Truppen. Von der Stärke der erwarteten Mehrheit macht Clemenceau keine weiteren Enthüllungen abhängig. Eine der vorliegenden Interpellationen zielt darauf ab, von Clemenceau zu erfahren, ob es ein Versehen oder Nachlässigkeit ist, daß in dem Friedensverträge die Angabe des Termins selbst für die Abfertigung des Friedens durch die deutsche Volksvertretung.

Deutsches Reich.

Einzug von Lettow-Vorbeck in Hamburg.

WTB, Berlin, 1. Juli. (Drabst.) Nach der Post. Jtg. sollen die Truppen Lettow-Vorbecks Dienstag früh von drei Seiten in Hamburg einrücken.

Der Berliner Streik.

Immer tiefer ins Glend hinein. Wieder einmal steht Berlin am Vorabend eines allgemeinen Verkehrsstreiks, da die Angestellten der Berliner Verkehrsmitel es für angetragen halten, um wirtschaftlicher Forderungen willen das gesamte Wirtschafts- und Erwerbsleben einer Millionenstadt lahm zu legen. Seinen Ausgang nimmt dieser Streik von den Angestellten der Berliner Straßenbahn, die erst vor wenigen Monaten eine gewaltige Erhöhung ihrer Löhne erfahren haben. Trotzdem nun inzwischen die Berliner Straßenbahn aus Privatänden in den Besitz des Kommunalverbandes übergegangen ist, und trotzdem den Straßenbahnern die Unmöglichkeit einer Ausführung ihrer finanziellen Wünsche auf starke Dargen wurde, glauben die, der größten Mehrheit der Bevölkerung den nächstfolgenden Kampf ansetzen zu müssen. Auch dieser Streik ist ein neuer Beweis dafür, daß die Krise in Berlin immer nicht den Ernst unserer Lage erkannt haben. Mit Wohlstandserwartungen ohne Ende lassen sich unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten ganz sicher nicht beheben, erst recht aber nicht durch Arbeits- einstellen. Das einzige Mittel das uns retten kann, ist Arbeit und wieder Arbeit. Nur dadurch kann und wird es auch gelingen, eine Verbesserung und eine Verbilligung der notwendigen Lebensmittel herbeizuführen. Durch Streiks aber, deren Verwerflichkeit noch dadurch erhöht wird, daß sie gerade in dem Augenblick einsetzen, in dem die Regierung durch großartige Maßnahmen eine Verbilligung der Lebensmittel herbeizuführen beabsichtigt ist, kommen wir alle und auch die Streikenden selbst nur noch tiefer ins Glend hinein.

WTB, Berlin, 30. Juni.

Von unterrichteter Seite wird erklärt: Am 30. Juni hat sich die Streiklage im allgemeinen eher verschärft als gebessert. Der Verkehr hat sich zwar ungefähr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten lassen, aber die Stimmung ist — soweit sich beurteilen läßt — unangünstiger geworden. Die Haltung aller Organisationen ist zwar offiziell nach wie vor durchaus ablehnend gegen den Streik. Eine Vertrauensministerkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner hat sich sogar heute mit überwiegender Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen, aber es zeigt sich leider immer mehr, daß die Organisationen nicht die Führung in der Hand haben. Die Führung befindet sich bei ganz anderen Leuten, die gemeinsamen die Menge der Beamten und Arbeiter für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen sich bemühen. Es muss immer wieder betont werden, daß die ganze Streikbewegung lediglich eine politische ist und auf den Sturz der Regierung und die Herbeiführung kommunistischer Ziele gerichtet ist. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß bestimmte kommunistische und unabhängige Führer hinter der Bewegung stehen. Auch an Geldmitteln scheint es ihnen nicht zu fehlen. An alle Beamten und Arbeiter und die ganze Bevölkerung muß deshalb die bringende Mahnung gerichtet werden, sich nicht von diesen dunklen Elementen mißbrauchen und irre führen zu lassen. Die Angestellten eines Verkehrsstreiks im jetzigen Augenblick begehen ein Verbrechen nicht nur am Lande, sondern an Leben und Gesundheit der Bevölkerung, der Frauen, Kinder und Kranken in besonderem. Jeder Beamte und Arbeiter muß sich die Erfahrungen der letzten Monate vor Augen halten. Die Führer der Bewegung sind im entscheidenden Augenblick verschwunden. Die Menge der Arbeiter und Beamten sind die Leidtragenden. Auch den Beamten muß nach dem Gesetz für die Streiktage das Gehalt gestrichelt werden.

WTB, Berlin, 30. Juni.

Trotz der Zusicherung aller Organisationsleiter, nach der Aufhebung des Streikverbotes für Eisenbahner werde die Arbeit wieder aufgenommen werden, demert die Arbeitsniederlegung an, und wurde Streikposten halten die zur Arbeit kommenden von der Aufnahme ihrer Löhne ab. Höhnlich ist an manchen Stellen von den Streikenden erklärt worden, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl Frauen und Kinder verhungere. Die Allgemeininteressen werden in frivoler Weise vollständig von diesen wilden Streikern außer Acht gelassen. Es wird also Pflicht der Regierung sein, dafür Sorge zu tragen, daß unabsehbarer Unheil von der Berliner Bevölkerung abgemindert wird. Da die Anordnungen der Organisationsleiter keine Beachtung finden, ist angeordnet worden, daß gegen Verkehrsmittel mit großer Mehrheit sich für den Streik erklärt, jedoch Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmitel ist. Auch die Stadtbahn und der Vorortverkehr ruht. Auch der Streik der Eisenbahnbeamten Groß-Berlins flackert wieder auf. Gegen nachmittag fanden in ganz Berlin unter Leitung der U. S. Versammlungen statt, in denen y. a. Hofe und Adolf Hoffmann sprachen. In ihren Ausführungen traten sie erneut für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein und forderten die Arbeiter auf, in der entscheidenden Stunde bereit zu sein.

WTB, Berlin, 1. Juli.

Infolge des Streiks der Eisenbahnangestellten der schlesischen Bahnstrecke hat die Regierung, wie die Dolmetschen Nachrichten melden, Marshall Foch gebeten, den für den 1. Juli angekündigten letzten polnischen Truppentransport so lange aufzuschieben, bis in Deutschland die Ordnung wieder hergestellt ist.

TU, Berlin, 30. Juni.

Aus zuverlässiger Quelle wird über die Postarbeit der U. S. gemeldet: Der Streik der Eisenbahner ist von den Kommunisten mit dem Gelde der angarischen Republik gemacht worden. Ein Teil dieses Geldes ist auch nach Hamburg gegen an, zugleich mit den Waffen, die auf dem Wasserwege unter Kohlen und Zuckerrüben verpackt dorthin gelangten. Dieselben Drahtzieher haben jetzt auch wieder den Streik der Verkehrsangestellten entzündet. Der U. S. Eisenbahn, der seit einiger Zeit unter falschem Namen bei den Bremmador-Werken beschäftigt ist, hat die Hauptleitung des Streiks in Berlin gehabt. Er befand sich bis vor kurzem noch hier. Am letzten Freitag hat in der Umgebung Berlins eine Sitzung der vorständig im Dunkeln bestehenden wahren Streikleitung stattgefunden, an der auch ein Düsseldorf Reichsanwalt teilgenommen hat. Man weiß, die Berliner Arbeiterschaft zu Sympathiegeis zu entfachen, und streiten einen neuen Streik in der Zuckerindustrie vor.

WTB, Berlin, 1. Juli. (Drabst.) In Bielefeld sind in Fortsetzung der Lebensmittelunruhen neue schwere Ausschreitungen vorgekommen. Bei den blutigen Zusammenstößen gab es Tote und Vermundete. Es gelang den Kommunisten, sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Rathaus und Bahnhof wurden besetzt. Die Behörden haben Regierungstruppen zur Hilfe gerufen.

Unruhen in Bielefeld.

Berlin, 30. Juni. Der bekannte radikale Führer der Bankbeamten, Emonts, ist heute nachmittag verhaftet worden. Er hatte eine Rundreise durch alle größeren Städte des Reiches unternommen, um einem Generalstreik der Bankbeamten den Boden zu ebmen. Infolge dieser Propaganda ist er selbstergriffen worden. Falls Emonts bis morgen mittag 12 Uhr nicht wieder in Freiheit gesetzt sein wird, werden die Berliner Bankbeamten in einen Proteststreik eintreten.

Drohender Bankbeamtenstreik in Berlin.

Berlin, 30. Juni. Der bekannte radikale Führer der Bankbeamten, Emonts, ist heute nachmittag verhaftet worden. Er hatte eine Rundreise durch alle größeren Städte des Reiches unternommen, um einem Generalstreik der Bankbeamten den Boden zu ebmen. Infolge dieser Propaganda ist er selbstergriffen worden. Falls Emonts bis morgen mittag 12 Uhr nicht wieder in Freiheit gesetzt sein wird, werden die Berliner Bankbeamten in einen Proteststreik eintreten.

Odenburg.

S. D. Landraub. Steuerlagen.

Es mehren sich die Anzeigen, welche darauf schließen lassen, daß für größere Distrikte besondere Steuerbehörden eingerichtet werden sollen, und daß für die Vermögensschätzung nicht allein mit einem durch die niedere Valuta erhöhten Werte des Grundbessigen, sondern auch mit einem minderen Werte des mobilen Kapitals als Steuerobjekt zum Teil gerechnet werden könne. War schon immer das letztere praktisch weniger zu erlassen, so würde ein solches Verfahren den landwirtschaftlichen Besitz erst recht in unbilliger Weise belasten. Demgegenüber sei einmal bemerkt, daß eine richtige Bewertung der Steuerobjekte nur erfolgen kann, wenn man ihren Wert auf die Goldwährung zurückführt. Diese ist der Vater und Wertbestimmer auch unserer Valuta und deshalb auch als Grundlage entscheidend.

Neueste Nachrichten.

Zum Berliner Verkehrsstreik.

II. Berlin, 1. Juli. (Drabst.) Der Straßenbahnverkehr ist durch den Streik der Hoch- und Untergrundbahner nach gestern nacht 12 Uhr eingestell. Verhandlungen zwischen Vertretern der Angestellten und denen der Mitnehmungen finden derzeit nicht statt. Die Angestellten der Omnibusgesellschaft haben sich dem Streik bisher noch nicht angeschlossen. Da auf restlose Erfüllung der Forderungen bestanden wird, muß mit einer längeren Dauer des Streiks gerechnet werden. Die Stadt- und Ringbahn verkehrt nicht, weil die Überfüllung bei den früheren Streiks Unfälle und Beschädigung der Wagen zur Folge hatte. Der Streik hat in vielen Fällen zur Stilllegung der Fabriken geführt, weil es einem großen Teil der Arbeiter unmöglich war, die Arbeitsplätze zu erreichen. Nach der N. B. 5. geht der Eisenbahnstreik weiter. Die Regierung hat sich gegen eingeleiten, starke Maßnahmen zu ergreifen, um den Streik zu beenden. Um die Arbeitswilligen nicht hindern zu lassen, hat die Regierung gestern sämtliche Bahnhöfe militärisch besetzt lassen.

III. Berlin, 1. Juli.

(Drabst.) Nach Lage der Dinge rechnet die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn mit einer längeren Dauer des Verkehrsstreiks. Nachdem alle Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert sind, ist vorläufig an die Aufnahme neuer Verhandlungen zwischen der Leitung der Verkehrsleistungen und den Angestellten nicht zu denken. Auf dem gleichen Standpunkt stehen sowohl die Reichs- und Staatsregierung und die Stadt Berlin. Das Reichswirtschaftsamt hat, wie verlautet, vor, einen Aufmarsch herauszubringen, der in zarter Weise den Betriebsnach der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn an den Pranger stellen wird.

TU, Berlin, 1. Juli.

(Drabst.) Wie die B. 3. erfährt, haben heute im Rathaus Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden, die sich mit Verbilligung der Lebensmittel befassen.

Die Befehung Hamburgs durch Regierungstruppen.

TU, Hamburg, 1. Juli. (Drabst.) Die Befehung von Hamburg geht reibungslos vor sich. Die Entwaaffnung der Volkswehr ist im Gange. Die wichtigsten Häuser sind besetzt.

Hindenburg und die Göttinger Studenten.

TU, Solberg, 1. Juli. (Drabst.) Hindenburg äugerte sich gegen eine Abordnung Göttinger Studenten: „Wenn der Feind mich alten Mann, der nur seine Pflicht hat, an die Wand stellen will, so soll sie mich haben. Es wird damit nur eine neue Sache auf sich laden.“

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Dehla. Druck und Verlag: Westph. Druckerei und Verlag, G. M. B. H. (H. Sommerfeld, Bielefeld), Dehla.

REICHSWEHR.

Schweres Feld-Haubitz-Bataillon

der Division Heudorf. (Braune, Hauptm.u.Bataillonstommand.) stellt ein:

Mannschaften

gedient und ungedient.

Bedingungen:

Mobile Löhnung nach Dienstgraden, eine Reichswehr- und Kampfzulage von täglich 5.— Mark.

Löhnungszuschüsse für Verheiratete: für Familien ohne Kinder täglich 1.65 Mark, für jedes Kind mehr täglich 1.— Mark.

Freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft.

Haupt-Werbestelle:

Berlin W. 15, Uhlandstr. 155. Gardetavallerie-Schützen-Korps.

Tanzkursus.

Eröffnung im Saale des Herrn Franz Brebeck in Dintlage einen Sonderkursus für Kinder und Erwachsene. Der Kursus beginnt, sobald die Schüler begonnen haben.

Um zahlreiche Beteiligung bitte

Pünsmann, Tanzlehrer.

Anmeldungen nehme ich Sonntags von 11—12 Uhr vorm. bei Herrn Fr. Brebeck entgegen.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Bühren bei Schneiditz und Umgebend zur gefl. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage hier ein

Schneider-Geschäft

eröffnen werde.

Da ich seit Jahren in erklaffigen Geschäften gearbeitet habe, bin ich in der Lage, für gute Arbeit und tadellosen Sitz Sorge zu tragen. Mit der Bitte, mein neues Unternehmen gütigst anzuerkennen zu wollen, zeichnet

Hochachtungsvoll
Joseph Wüder,
Schneidermeister.

Hagstedt! Disbel! Geflügel, ig. Hühnchen und Kaninchenabnahme

am Donnerstag, dem 3. Juli, von 1—3 Uhr bei Wirt Thole, Hagstedt, und von 4—6 Uhr bei Wirt Carl Menning, Disbel.

— Zahle die höchsten Tagespreise. —
Behta. Carl Grote.

La doppelt gereinigte Seradella

sowie

Klee- u. Grasamen.

D. Schröder,
Behta und Schneiditz.

Preussische Südd. Klassen-Lotterie.

Lose I. Klasse. Ziehung bereits am 15. u. 16. Juli, sind zu haben, auch unter Nachnahme.

1/2 1/2 1/2
W. 5.25 10.50 21 42 pr. Klasse, mit hin 26.50 52.50 105 210 für alle Klassen.
Otto Wulff, Oldenburg i. D., amtl. Vert.-Einnehmer.
In Behta: Ed. Fiegel, in Bühne: W. Bömann in Bönning: Ferd. Felthaus, Ant.

Die Verlobung unserer Tochter Maria mit dem Fabrikanten Herrn Franz Bohmann aus Lohne beehren wir uns anzugeben.

Maria Kellersmann
Franz Bohmann

C. M. Kellersmann u. Frau
Helene geb. Herbermann.
Gesomld, im Juni 1919.

Verlobte.
Gesomld Lohne
Juni 1919.

Rosinen, Pfäumen, Schnitt-Apfel, Backobst, Zitronen.

Kaffee, Tee, Kaka, Schokolade.

Für die Einmachzeit: — echten — schwarzen Pfeffer, Stangentaneel, Ingwer, Koriander u. sämfl. andere Gewürze.
P. A. Fortmann,
Behta.

Calcium-Carbid Acetylen-Lampen und Zubehör.
Jetzt ist es Zeit, Ihren Bedarf zu decken.
Angebote durch
Schiermeyer & Co.,
G. m. b. H.,
Osnabrück.

Erste Strumpf-Reparatur-Anstalt hier am Plage.
Geschw. Segeler,
Oldenburg,
Blumenstraße 56.
Schnellste Bedienung.
Sorgfältigste Materialauswahl.

Brennholz, Lohe, Nugholz
kauft. Aufkäufer gesucht
Wilh. Bort, Wanne.

Prima Summi-Lösung abzugeben.
Behta, Mühlstraße 4

Hydraul. Sackfall-Mauerkalk.
D. Schröder,
Behta & Schneiditz.

Beste Schwarzwälder Haus-Ähren mit Friedensternen, religiöse Solgeschmähre, noch 70 Stück am Lager, geblüht u. reguliert, versendet per Stück zu Mf. 13.— mit Verpackung.
F. Bräun, Uhrmacher, Mochenwangen. Wirtb.

Maschinenöl, allerbeste Friedensware, (Origin. Schibach) eingetroffen. Besonders geeignet für Motoren und Elektromotoren.
Schierberg & Hontomp, Dämme.

Einige 100 Kartons ca. 30x20x18 cm extra stark, gebraucht, zu verkaufen.
Heinz Koch, Behta.

Wir empfehlen Karbolineum
Schierberg & Hontomp, Dämme.

Abtanzball in Dintlage.

Zu dem am Donnerstag, dem 3. Juli, im Saale des Herrn Franz Brebeck stattfindenden Abtanzball laden freundlichst ein
Pünsmann. Brebeck.

— Anfang 5 Uhr. —

Neue Fahrräder

(Friedensvare) mit gutem Gummi sowie Fahrrad-Lampfen während lieferbar. Gleichzeitig zur gefl. Kenntnis, daß ich von jetzt an wieder Fahrräder emailliere (nicht zu verwechseln mit Lackieren) und alle nur vorkommenden Reparaturen schnellstens fertig stelle. Kleinerer Posten Fahrrad-Beden noch vorrätig.

Georg Rolles,
Fahrradfabr., Behta i. D., Tel. 28

Lupinen (saftartenfrei), Seradella, Spörgel, Herbststoppelrübensamen, runde, gelbe und lange weiße, Ammoniat-Salpeter, enthaltend 34% Stickstoff, Ammoniat-Superphosphat, 4x6, ab Lager.

Behta. P. A. Fortmann.

Neu eingetroffen: Preiswerte

Herren-Anzüge

Nur allerbeste Qualitäten. — Jede Größe fertig am Lager.

M. Schulmann,
Achterstr. 38. Oldenburg. Achterstr. 38.

Dankfagung.

Für die uns übermittelten Telegramme und Glückwünsche anlässlich unserer Vermählung danken herzlichst

Julius Lundsack und Frau
Johanna geb. Kempe.
Donrechten, den 30. Juni 1919.

Todes-Anzeige.

Heute entschlief nach kurzer, heftiger Krankheit mein guter Mann, unser lieber, treu-sorgender Vater, der

Landwirt Fr. Burrichter
zu Augusthahn-Botelermoor,

Witwe Friedrich Burrichter, Vater Egn. Burrichter, Gehne Burrichter, Heinrich Burrichter, Fritz Burrichter, Maria Burrichter.

Beerdigung und Seelenamt ist zu Augusthahn am Donnerstag, dem 3. Juli, morgens 9 1/2 Uhr.

Eisenwerk Varel

Gegr. 1843 Varel's G. m. b. H.
Telegr. Eisenwerk Varel-Oldenburg
Fernrufe: Nr. 20, 28 u. 48

Liefert
Eisen-Stahl- u. Metallguß, roh u. bearbeitet. -Konstruktionen-Maschinen für Molkereien, Ziegeleien, Mühlen usw. Fabrikeinrichtungen Feld u. Normalbahnen. Nieten usw. Reparaturen jeder Art.
Zweigbüro: Bremen, Oberstr. 27 1/2
Fernruf Roland 8116
Ingenieurbesuch u. kostenanschläge sofort u. kostenlos

Gardinen, Läuferstoffe

in großer Auswahl, Preiswert.
W. Klövekorn,
Möbellager, Behta,
Telefon 55.

Lofer Kainit

boin jetzt ab täglich ab Bahnhof Galtentort zu haben.
Behta. D. Schröder.

Erhalte noch eine Ladung schwefels. Ammoniak, worauf ich noch Bestellungen entgegennehme.
Arnold Meyer, Goldenstedt (Bahnhof).

Todes-Anzeige.



Nach Gottes H. Willen verschied im St. Josephs-Hospital zu Herbern i. W. am 26. Juni unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante, die ehrentürdige

Schwester Philippina Elisabeth geb. Klausente

nach dreimonatlicher Krankheit, gestärkt durch den mehrmaligen Empfang der hl. Sterbesakramente, im 36. Lebensjahre und im 13. Jahre ihres Ordenslebens.

Um ein andächtiges Gebet bitten
Die trauernden Angehörigen.
Emiel, Höltinghausen, Wühren und Halter, 1. Juli 1919.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Freitag, dem 4. Juli, morgens 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Emiel und am Samstag, dem 5. Juli, morgens 7 1/2 vor 7 Uhr in der Keltorastische zu Wühren, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.



Heute Abend 8 Uhr nahm der liebe Gott unsern innigstgeliebten Sohn, unsern herzenguten Bruder, den

Kongreganisten Reinhold gr. Schürmann

zu sich in ein besseres Jenseits.
Er starb nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohl vorbereitet durch einen frommen Lebenswandel, öfters gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im hohen vollendeten 19. Lebensjahre.
Seine Seele wird der christlichen Fürbitte empfohlen.
Düpe bei Steinfeld, den 29. Juni 1919.

Die trauernden Eltern u. Geschwister.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 3. Juli, morgens 9 1/2 Uhr in Steinfeld statt, wozu Verwandte und Bekannte hiermit eingeladen werden.

